

# Dresdner Volkszeitung

Postkonto: Dresden,  
Haber & Comp., Nr. 1208.

## Organ für das werktätige Volk

Bankkonto:  
F. v. K. Dresden  
und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementpreis einschließlich Frachtkosten mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Volk und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Telefon 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Telefon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis, Grundpreis: die 29 mm breite Nonpareilzeile 20 Goldpf., die 30 mm breite Reflanzeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 33 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen-u. Kleidgebote 40 Proz. Rabatt. Für Briefverbreitung 10 Goldpf.

Nr. 24

Dresden, Donnerstag den 29. Januar 1925

36. Jahrg.

## An die Partei

### Parteigenossinnen und -genossen!

Zum Kampf rufen wir euch!

Trotz dem republikanischen Wahlsieg, trotz dem Aufsteigen der Sozialdemokratie haben die politischen Falschmünzer der Deutschen Volkspartei im Reich die Regierung des Rechtsblocks erkohben. Die Feinde der Republik, die Gegner der Politik der Völkerverständigung, die schärfsten Vertreter der sozialen Reaktion beherrschen jetzt die Reichsregierung. Schwerindustrie und Junkertum haben sich vereinigt, um die Lastenverteilung nach ihren Interessen zu regeln. Stillstand der Sozialpolitik, Kampf gegen den Achtstundentag, Forderung durch Eisenholl und Brotmüller, Massenbelastung statt Besteuerung — das ist das wahre Programm der Rechtsregierung. Deshalb mußte die Sozialdemokratie unter allen Umständen aus der Regierung ferngehalten werden. Jetzt gehen die Reaktionskräfte daran, ihr Werk zu vollenden. Sie haben

### in Preußen das Ministerium Braun gestürzt.

Zum festen Volkwerk der deutschen Republik hat unser Febering das preußische Innenministerium gemacht. An ihm geschickte der Anturum der monarchistischen Diktaturapostel wie der kommunistischen Aufschüßler. In dieses Volkwerk wollen jetzt die Deutschnationalen eindringen und die Volksparteiler halten ihnen die Sturmleiter. Sie hoben aus Reich. Sie haben Bayern, Württemberg, Thüringen, Mecklenburg, Braunschweig. Sie wollen jetzt Preußen. Ein eiserner Reif soll atemraubend die junge deutsche Republik umschmüren.

Die Reaktionskräfte wissen, was sie wollen! Es gilt, in Preußen den alten Klassenstaat wiederherzustellen.

### die alte Junkerherrschaft

wieder aufzurichten. Sie wollen die Herrschaft über die Verwaltung und damit über die Staatsmacht. Keine Arbeiter und Angestellten, keine Republikaner mehr in der Verwaltung! Kein Beamter, kein Richter, der nicht der konterrevolutionären Parteiforder pariert! Im Reich die Verfügungs-gewalt der Reaktionskräfte über Steuern, Zölle, Arbeitslohn und Arbeitszeit — in den Ländern uneingeschränkte Herrschaft über die Verwaltung. Dann ist die Republik ihres politischen und sozialen Inhalts beraubt. Die alte Klassenherrschaft ist wieder da und die erste Etappe auf dem Weg zur Monarchie erreicht.

Parteigenossen! Eins dürft ihr nicht vergessen! Wie wäre den Reaktionskräften der Angriff im Reich, der Sturz von Braun und Severing in Preußen gelungen ohne die aktive Unterstützung der Kommunisten. Die Macht der Rechten war geschwächt durch die Stimmen der Kommunisten; nur mit ihnen verfügte sie über die Mehrheit. Der angebliche Vortrupp des revolutionären Proletariats ist zum wirklichen Vortrupp des Großkapitals und des Großgrundbesitzes, zum Sturmtropp der Deutschnationalen und der Volkspartei geworden. Am Schluß der Landtagsitzung, in der Severing fiel, veranalteten die Kommunisten nach Indianerart ihren Kriegstanz. Sölkische und Deutschnationale johlten Beifall. Sie wußten warum.

### Jede kommunistische Stimme konnte als deutschnationale gezählt werden!

Zügen an Stelle der Kommunisten sozialdemokratische Arbeitervertreter, nie hätte die Reaktion diesen Sieg errungen, nie hätte man wagen dürfen, die Ausschaltung der arbeitenden Klassen aus Reichspolitik und Staatsverwaltung als Ziel zu verkünden. Als skrupellose Helfershelfer der schlimmsten Arbeiterfeinde, als Wegbereiter der Monarchisten und Nationalisten sind die Kommunisten entlarvt. Vergesst es nicht und handelt danach!

Parteigenossinnen und -genossen! Furchtbar ernst ist die Situation. Das Vertrauen, das die von uns unterstützte Außenpolitik des Reichskanzlers Marx Deutschland erworben hatte, ist vergeudet. Schwere Wolken hollen sich zusammen. Die Wirtschaftsverhandlungen sind stocken. Die Räumung der Kölner Zone ist hinausgeschoben. Die Befreiung von Ruhr und Rhein droht sich zu verzögern. Der dringend notwendige Eintritt Deutschlands in den Völkerbund wird aus Angst vor den Nationalisten unterlassen.

In der Innenpolitik stehen der Arbeiterschaft schwere Kämpfe bevor. In den Vordergrund stellen wir den Kampf um den Achtstundentag!

Wir fordern die Ratifikation des Abkommens von Washington und ein Arbeitszeitgesetz, das den Achtstundentag wiederherstellt.

Die Neuordnung der Finanzen ist unaufschiebbar. Der fortschreitende Abbau der Besitztümer durch den Finanzminister Luther fündigt bereits die Absichten des Reichskanzlers an. Um eine gerechte Steuer-Verteilung werden wir ringen müssen, wenn die Lage der arbeitenden Klassen nicht weitere Verschlechterung erleiden soll. Eine Lösung der Aufwertungsfrage, die den armen Exportierten Hilfe bringt, wollen Landbund und Reichsverband der Industrie, die Geldgeber und Herren der Rechtsparteien, verhindern. Die deutschnationalen Wahlversprechungen werden sich bald als demagogischer Volksbetrug enthiüllen. Großkapital und Großgrundbesitz rüsten zum neuen Beutegug. Eisen- und Getreidezölle sollen den Schwerindustriellen und Junkern Extraprofite und erhöhte Rente schaffen auf Kosten der arbeitenden Klassen, zum Schaden unserer Fertig- und Exportindustrie und unserer wirtschaftlichen Entwicklung.

Parteigenossen! Die letzten Entscheidungen hängen ab von den Machtverschiebungen im Volk, von dem Willen der Wähler. Wir Sozialdemokraten müssen stärker werden, der Aufstieg der letzten Wahlen muß fortgesetzt und beschleunigt werden!

### Eine Flut von Verleumdungen und Verdächtigungen

hat schon die letzte Wahl gebracht. Es war vergebens. Eine neue Schlammschlacht wälzt sich jetzt heran. Laßt euch nicht verwirren! Das Spiel ist durchsichtig genug. Aber ihr kennt eure Feinde, und je mehr sie verleumden, desto fester werdet ihr zu eurer Partei stehen!

Erstarken müssen wir! Wenn wir schwach sind, dann treten sie euch; wenn wir stark sind, dann beugen sie sich. 26 Prozent der Wähler haben bei den letzten Wahlen für die Sozialdemokratie gestimmt, 9 Prozent für die Kommunisten. Verlorene Stimmen der Arbeiterklasse! Die gilt es wieder zu holen.

Berlin, 27. Januar 1925.

### Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Das Reichsgeschenk an das Ruhrkapital

Der Reichsfinanzminister von Schlieben hat am Mittwoch im Haushaltsausschuß des Reichstages seine Ausführungen über den Reichsetat mit der Rahmung an das Volk geschlossen. Es solle sich mit einer bescheidenen Bedürfnis-haltung abfinden, wie sie durch die heutige Lage geboten sei. Wie verträgt sich diese Rahmung mit dem ungeheuerlichen Finanzanstieg, der durch den von uns veröffentlichten Brief der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion an den Reichskanzler enthiüllt worden ist? Stellen wir noch einmal die Tatsachen fest: Zu derselben Zeit, in der die Regierung unums-gesetzt die berechtigten Ansprüche der Millionen Notleidender zurückgewiesen hat, sind an die Schwerindustrie des Ruhr-gebiets Hunderte von Millionen verschleudert worden. Die Erwerbslosen, die Sozialrentner, die Kriegserhinterbliebenen wurden mit Weitzelfennigen abgepeist, weil die Reichskassen angeblich leer waren. Den von den Zehntausendern infolge der Ruhrbesetzung entlassenen Angestellten und Arbeitern ist weder das Recht auf Beschäftigung noch auf Entschädigung zugesprochen worden; aber über das Großkapital ist ein so reicher Goldregen niedergegangen, daß es darin fast zu er-sinken droht.

Die bürgerliche Presse, besonders die von rechts, die doch wochenlang so überaus rebellia über die Finanzaffären Antifiskal und Barnat zu berichten wußte, war am Mittwoch ganz still. Sie sucht den Riesenfiskal der Bürgerblat-regierung totzuschweigen, ebenso wie sie über den Seehand-lungsstankal — denn darin gipfeln die Affären Antifiskal und Barnat — jetzt mit Schweigen hinweggehen möchte. Auch im Haushaltsausschuß herrschte erst peinliche Verlegenheit. Als aber der sozialdemokratische Redner Hermann Müller in der Debatte die notwendigen Ergänzungen zu dem offenen Briefe der Reichstagsfraktion machte und dabei fest-stellte, daß der Ruhrindustrie bedeutende Mittel ohne jede Kontrolle überwiesen wurden, während die Arbeiter und An-gestellten, die doch die eigentlichen Träger des positiven Widerstandes waren, überhaupt nichts bekommen hätten, da-mußten sich die Regierungsvertreter schon zu einigen Bemerkungen herbeilassen. Herr von Schlieben behauptete, daß die Regierung eine Denkschrift in Aussicht genommen habe und sie auch einen Indemnitätsantrag vorlegen wolle. Eine Verletzung des Stabilitätsrechts habe dem Ministerium ferngelegen. Der Eindruck der Ausführungen des sozial-

### Die Selbstenttarnung der Kommunisten

muß jedem Sozialdemokraten Ansporn sein, in Werkstatt und Betrieb zum Agitator für die Partei zu werden. Im Ringen um die Seele jedes einzelnen Klassengenossen muß die Sozialdemokratie die weichen, demoralisierten, kommunistischen Sausen zur Auflösung bringen. Sie muß die Einheit der Arbeiterbewegung unter ihrem Banner verwirklichen. Doch täuschen wir uns nicht! Hunderttausende, die nach ihrer wirtschaftlichen Lage zu uns gehören, haben in der Zeit der Inflationsnot verärgert und hoffnungslos der Reak-tion ihre Stimme gegeben. Auch sie müssen gewonnen werden für das kämpfende Heer der Sozialdemokratie! Das erfordert, daß jeder, der den Kampf um die Republik, den Kampf um den Achtstundentag, den Kampf um unsere großen Ziele wirklich führen will, als zuverlässiger Mitkämpfer in unsere Organisation eintritt und Leser der sozialdemokratischen Zeitung wird. Lernet vom Gegner! Das Großkapital hat seine Inflationsgewinne nicht zuletzt dazu benutzt, die Presse sich botmäßig zu machen. Wollt ihr den Kampf siegreich führen, dann müßt ihr dafür sorgen, daß der Presse des Großkapitals und des Landbundes

### die sozialdemokratische Presse als ebenbürtige Macht

gegenübersteht. Deshalb mit aller Kraft an die Arbeit zur Stärkung der Organisation, zur Stärkung unserer Press!

Parteigenossen und -genossinnen! Schwere Gefahren drohen der Republik, den politischen Rechten und den sozialen Erwerbseigenschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Aber noch hat die Reaktion ihre Stellung nicht befestigt, hat sie die Staatsmacht nicht sicher in Händen. Wir dürfen ihr nicht Zeit zur Sammlung und Festigung geben! Die Sozialdemokratie hat gegen die Rechtsregierung den schärfsten Kampf aufgenommen. Sie wird ihn zu führen wissen. Aber die letzte Entscheidung liegt bei euch, den republikanischen Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

An euch ergeht unser Kampfaufruf! An die politische, an die organisatorische Arbeit!

demokratischen Redners und der schwachen Ausflüchte der Regierungsvertreter war am Ende so stark, daß selbst Herr Gergt den sozialdemokratischen Antrag, wonach die weiteren Zahlungen eingestellt werden sollen, bis die Denkschrift vor-liege und Indemnität erteilt worden sei, zu unterstützen ver-sprach. Inzwischen sind allerdings nicht viel weniger als 600 Millionen dem Ruhrkapital in den Taschen geworfen worden.

Das politisch wichtigste Ergebnis der Debatte im Haus-haltsausschuß ist die von unserem Genossen Hermann Müller festgestellte Tatsache, daß die ganze Ruhrkreditaktion auf einem Briefe aufgebaut ist, den Herr Stresemann als damaliger Reichskanzler am 13. November 1923 an die Ruhrindustriellen gerichtet hat. Der Reichsfinanzminister mußte ausdrücklich zugeben, daß dieser Brief geschrieben worden ist, er wollte lediglich nicht wissen, ob dieser Brief die einzige Grundlage für die Bewährung der Hunderte von Millionen an das Ruhrkapital gewesen ist. Diese aus-weichende Antwort ist eine Bestätigung der von den Sozialdemokraten angeführten Tatsache, daß diese ganze Finanz-aktion der Regierung keinerlei gesetzliche Grundlage hat. Aber die Tatsache, daß die Unterstützung der Ruhrkapita-listen von einem Brief des Herrn Stresemann im November 1923 ausgegangen ist, macht diesen Riesenfinanzstankal zu-gleich zu einem beispiellosen politischen Skandal. Herr Stresemann hat den Brief als Reichskanzler geschrieben, und Herr Luther war sein Finanzminister. Heute sind die Rollen vertauscht. Luther ist Kanzler und Stresemann ist sein Minister. Begreift man jetzt die Zusammenhänge, ver-steht man es, weshalb Herr Stresemann durchaus ein sozia-listenreines Kabinett haben mußte?

Im November 1923 hat Herr Stresemann ab-Weiter einer rein bürgerlichen Regierung den Vork mit dem Ruhrkapital abgeschlossen. Dieses Abkommen konnte aber nur durchgeführt werden, wenn die Vertreter der werktätigen Bevölkerung, wenn die Sozialdemokraten von den Regie-rungs- und Verwaltungsgeschäften ferngehalten wurden. Zur Durchführung dieses Paktes bedurfte Herr Stresemann einer breiteren Grundlage, als sie die Regierung Marx bildete, er bedurfte dazu des Bürgerblocks. Zuerst mußte der Einfluß der Vertreter der arbeitenden Bevölkerung möglichst zurückgedrängt werden. Dann galt es, auch das Zentrum